

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 8

Donnerstag, den 30. Oktober 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Eine bemerkenswerte Wahl. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Biesbaden erhielten die bürgerlichen Parteien 30 Sitze. Das Zentrum, das wegen seines Verhaltens dort gegenüber und wegen seines Kampfes gegen die Sperrfrist allein stand, bekam davon 8 Sitze. Die Sozialdemokratie, die bisher fünf Vertreter hatte, erhielt 17, die Unabhängigen vier und die Kommunisten zwei.

An dem Resultat ist zweierlei interessant. Erstens, daß das Zentrum mit seiner Lieblingselei mit dem Ablösungsagitor dort einen politischen Mißerfolg zu verzeichnen hat, und zweitens, daß die Kommunisten sich an der Wahl beteiligt haben.

Auslieferung von Rupprecht und Wilhelm. Der französische Gesandte Ch. Benoist hat von der französischen Regierung den Auftrag erhalten, bei der niederländischen Regierung auf Auslieferung Kaiser Wilhelms hinzuwirken. Gleichzeitig will man an die Schweiz herantreten, um von ihr die Auslieferung des bayerischen Kronprinzen Rupprecht zu erhalten.

Landesverrat? Gegen unser Königsberger Parteiblatt, die Freiheit, wurde wegen eines Artikels vom 22. Oktober mit der Ueberschrift „Ein Blick in die Geheimnisse der republikanischen Regierung, das schuldlose Deutschland, Fabrikation und Vernichtung amtlicher Dokumente“ ein strafrechtliches Verfahren wegen Landesverrats und Beleidigung eingeleitet.

Nachrichtensbureau Scheidemann. Wie der Temps erfahren hat, soll Scheidemann während seines Aufenthaltes in der Schweiz sich mit der Gründung eines Nachrichtenbureaus zur Verhütung Frankreichs und zur Beeinflussung der neutralen Presse im deutschgünstigen Sinne befaßt haben.

Die Reichsschulden. Unter Noskes Vorsitz (1) hat sich der Reichsrat mit dem Entwurf des Haushalts der Finanzverwaltung beschäftigt. Am 1. April 1920 werden die Schulden des Reiches insgesamt 204 Milliarden Mark betragen. Der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Nobis, erklärte, so könne es unmöglich weitergehen. (Ganz unsere Meinung! D. Red.) Er empfahl, den Grundsatz der Sparsamkeit noch stärker zur Durchführung zu bringen. Das können sich Noske und die Reichswehr gesagt sein lassen! Dem Volke fehle es noch an der wahren Vorstellung über die Sachlage.

Belgien fordert 1153 Verbrecher. Minister Vandervelde hat in der letzten Sitzung des belgischen Ministerrats die Liste der Deutschen bekanntgegeben, die auf Grund des Friedensvertrages vor einem internationalen Gerichtshof gestellt werden sollen. Sie umfaßt 1153 Namen und soll dieser Tage nach Paris gesandt werden.

Ein Zopf abgeschnitten. Die bayerischen Gesandtschaften in Petersburg und Rom sind aufgehoben; die in Paris, Wien und Bern werden demnächst aufgelöst.

Die Deutsche Zeitung putzsch. Zu der letzten Beschlagnahme der Deutschen Zeitung erfahren wir noch, daß diese wegen des Schlusssatzes des Artikels „Wie lange noch?“ erfolgte. In diesem Schlusssatz wird der Reichswehr ganz offensichtlich Gehorsamsverweigerung gegenüber dem verächtlichen Reichspräsidenten und seinen Ministern zugemutet.

Englands Defizit. Der Amsterdamer Telegraaf meldet aus London: Der Schatzkanzler hat ein Weißbuch veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß das Finanzjahr mit einem Defizit von 473 Millionen Pfund Sterling anstatt der erwarteten 250 Millionen abschließen wird. Der neue Heeresetat beläuft sich auf 405 Millionen, nicht auf 287 Millionen, wie ursprünglich beabsichtigt. Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler, daß der Eisenbahnerstreik dem englischen Staat ungefähr zehn Millionen Pfund Sterling gekostet hat.

Schweizer Wahlen. Ueber Basel meldet die Telegraphen-Union: Auf Grund der bis spät abends vorliegenden vorläufigen Wahlergebnisse rechnet die Basler Nationalzeitung mit folgender Zusammensetzung des Nationalrates: Freisinnige 60 (bisher 100), Katholiken 40 (40), Liberale 10 (10), Bauern 25, Sozialdemokraten 40 (20). Die übrigen 14 Sitze von 189 Nationalratsmitgliedern fallen wie bisher an Abgeordnete verschiedener Gruppen. Eine absolute Mehrheit besteht also im neuen Nationalrat nicht mehr.

Die vorliegenden Wahlergebnisse lassen ein bemerkenswertes Anwachsen der sozialistischen Stimmen erkennen. Die Schweizer Genossen verdoppelten ihre Mandatszahlen und schlugen eine Bresche in die freisinnige Position.

Anruhen in New-York. In New-York ist es am Montag im Zusammenhang mit dem Hafenarbeiterstreik zu einem Zusammenstoß von zehntausend Streikenden mit einigen Hundert Arbeitswilligen gekommen. Es wurden Revolverschüsse abgegeben. Eine große Anzahl von Personen wurden verwundet.

Bauarbeiterstreik in Frankreich. Wie die französischen Zeitungen melden, streiken im Departement du Nord zurzeit 90 000 Bauarbeiter. In Lille sind die Bergarbeiter, denen sich auch die Elektrizitätsarbeiter anschließen drohen, in den Ausstand getreten.

Geschlossene Fabriken. In den französischen Fabrikkstädten Roubaix und Tourcoing haben sich die Unternehmer, dem Matin zufolge, wegen des Kohlenmangels und der Desorganisation des Eisenbahnverkehrs entschlossen, ihre Fabriken zu schließen und alle Arbeiter zu entlassen.

Zweite oder dritte Internationale?

Von Gustav Schröder.

I.

Leipzigs Parteigenossen fordern mit anderen den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie an die dritte Internationale. Auch dort, wo dieser Beschluß nicht gefaßt wurde — und bis heute hat die übergroße Mehrzahl unserer Organisationen dies Verlangen nicht gestellt — wird die Frage der Internationale in Arbeiterkreisen mit großem Eifer diskutiert. Das ist erklärlich, denn der Weltkrieg zeigte, wie enge Bande alle Völker verknüpfen. Er lehrte deutlich, daß kein Volk für sich allein bestehen kann. Wenn das Proletariat einen neuen internationalen Zusammenschluß erstrebt, zieht es nur eine der Lehren des Weltkrieges.

Aber die Gedankengänge eines Teiles der Arbeiterschaft über das Problem der Internationale sind doch recht unklar und oberflächlich. Es gibt viele Arbeiter, die der Meinung sind, mit der Schaffung einer neuen, in allen ihren Teilen wirklich sozialistisch denkenden Internationale sei die Weltrevolution gewonnen. Und das sind noch nicht mal die rückständigsten. Andere Arbeiter sehen in der Internationale so etwas wie eine Art höheres Wesen und wieder andere träumen davon, mit der Herrschaft der Internationale seien alle Landesgrenzen überflüssig und ebenso alle staatlichen Gesetze der einzelnen Völker. Es würde nur noch ein Volk geben. Versuchen wir etwas größere Klarheit zu gewinnen.

International stammt aus Neulateinischem und heißt ins Deutsche übersetzt „zwischen den Völkern“. Der ältere Liebknecht gibt in seinem Fremdwörterbuch als Erklärung des Begriffes Internationalismus „Die Weltanschauung, welche das allgemeine Menschliche allen Nationen Gemeinsame über das spezifisch Nationale, die Nationen noch Trennende setzt“. Das befaßt: nicht eine Aufhebung der Volksunterschiede soll erfolgen, sondern die Regelung ihrer Beziehungen auf höherer Grundlage als es die heutige ist.

Wie die Natur die verschiedenen Arten der Tiere schuf, schuf sie auch die Völker. Nicht willkürlich sind diese entstanden und sie können auch nicht willkürlich abgeschafft oder geändert werden. Dazu ist kein zaristischer Ukas und auch kein proletarischer Versammlungsbeschluß im Stande. Es geht den Völkern wie den Arten der Tiere und Pflanzen: alte sterben aus, wenn ihre Zeit erfüllt ist, neue tauchen auf und blühen. Jedes Volk hat ein Recht auf seine Existenz, auf die Pflege seiner Kultur und seiner Eigenart. Der Menschheit würde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn es irgend einer Macht gelänge, ein „Einheitsvolk“ heranzuzüchten. Was gäbe das für eine Kreuzung ab: Abkömmlinge aus Ehen zwischen Chinesen und Negern! Körperlich wie geistig würde nichts dabei herauskommen. Die Lebensbedingungen der Völker wurzeln in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Leider sind diese in den einzelnen Staaten bis zum heutigen Tage nicht in Harmonie mit den politischen Zuständen. Hier sind zum großen Teile noch immer alte überlebte Formen maßgebend und daraus sind die sozialen Kämpfe in den einzelnen Staaten sowohl als auch ihre kriegerischen Konflikte miteinander zu erklären. Der heutige Nationalismus, der sein Volk als das auserwählte bezeichnet und die Nachbarvölker als den „Erbsfeind“ hinstellt, ist ein Vermächtnis barbarischer Zeiten. Es kann sich für jedes Volk nicht darum handeln, andere Völker zu unterdrücken oder auszutülgeln. Es gilt die Beziehungen zwischen den Völkern so zu gestalten, daß keinem Volk Unrecht geschieht, aber auch kein Volk andern Völkern gegenüber Unrecht ausübt. „Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem andern zu.“

Doch wie sollten die herrschenden Klassen den Völkern fremder Staaten Gerechtigkeit widerfahren lassen? Um sie doch dies nicht einmal ihren eigenen Volksgenossen gegenüber. Die Arbeiterbewegung aller Länder bringt für dies düstere Kapitel Belege. Und die heutigen Machthaber können sich nicht einmal mit gutem Glauben ausreden, denn ihnen fehlt das auf allen Gebieten hoch entwickelte Wissen des 19. Jahrhunderts zur Verfügung. Die Despoten früherer Jahrhunderte waren dumme, unwissende Tröpfe; die kapitalistische Großbourgeoisie vermag diese Entschuldigung nicht geltend zu machen. Es ist eine Utopie, anzunehmen, unter dem Kapitalismus könnten irgendwo Gerechtigkeit und Frieden gedeihen.

Die Arbeiterschaft erkannte sehr bald alle diese Zusammenhänge. Sie schuf ihre erste „Internationale Arbeiterassoziation“. 1870 ging diese zu Grunde. Zum Teil durch den deutsch-französischen Krieg, zum andern Teil durch die Streitigkeiten zwischen Marxisten und Bakunisten. Die letzteren entwickelten sich zu Anarchisten. Sie lösten sich von der sozialistischen Bewegung los und wurden eine politische bedeutungslose Sekte, die die Regierungen durch ihre Spitzel zu Attentaten aufreizte und als Bauwau benutzte. Der Vorgang ist lehrreich, denn ob unsere heutigen Kommunisten es gerne oder ungerne hören: Bakunins Anhänger waren ihre Vorläufer. Wenn unsere Kommunisten erklären, sie gingen bis aufs kommunistische Manifest zurück, dann erwidern wir ihnen: Das ist eine Phrase. So wertvoll das kommunistische Manifest ist, es ist eine Jugendarbeit

von Marx; später schrieb er sein Kapital. Und dieses ist allgemein als Grundlage des Sozialismus anerkannt.

Anarchismus und Sozialismus rangen eine Reihe von Jahren erbittert miteinander. Dann kam die zweite Internationale. Wir sahen sie wachsen und freuten uns ihrer erstarkenden Macht. Aber auch diese hielt im Juli 1914 dem Imperialistenrausche nicht stand. Wir deutschen Arbeiter haben zwei große Fehler begangen. Einmal vergaßen wir, daß der zweiten Internationale nur ein Bruchteil der Menschheit angeschlossen war. Deutschland hatte die stärkste sozialdemokratische Bewegung in allen Ländern der Erde. Und doch waren wir bis vor dem Kriege nur eine Minderheit der Bevölkerung. Eine sehr starke zwar, aber doch immerhin eine Minderheit. Nun in den andern Ländern gar! Welch eine klägliche Rolle spielte der Sozialismus bis kurz vor dem Kriege in England. Nicht einmal eine Tageszeitung besaß er. Sollen wir an Südeuropa, an Rußland erinnern, wo drei Viertel der Arbeiterschaft Analphabeten sind, die gar nicht einmal ein sozialistisches Flugblatt lesen können, geschweige je in ihrem Leben ein sozialistisches Buch zu verstehen vermöchten? Und Amerika erst und Asien, Erdteile, aus denen die stärksten Wurzeln des Kapitalismus sprossen! Wir sahen das nicht, berauschten uns an den klugen und tapferen Worten einzelner Männer auf den internationalen Kongressen, die nicht für ihr Volk sprechen konnten.

Den zweiten großen Fehler begingen wir deutschen Proletarier, in dem übergroßen Zuvertrauen zu unseren Führern. Wir traten ihnen nicht kritisch genug gegenüber und ließen ihnen viel zu viel ihren Willen. Mit dem Schlagwort „Disziplin“ wurde ein Unfug getrieben, der geradezu ungeheuerlich war. Das gilt für das Gewerkschafts- wie für das Parteileben. Generalkommission und Parteivorstand usurtierten eine Machtfülle, die ein Gegenstück nur am preußischen Militarismus fand. Als dann die Stunde der Prüfung kam, zeigte sich, daß die Mehrzahl der Führer aus schlechtem Teig gebildet war. Sie verleugneten ihre einfachsten proletarischen Pflichten. Die zweite Internationale ging nicht zum wenigsten durch die Schuld von deutschen rechtssozialistischen Führern in die Brüche, die sich zu Handlangern des Imperialismus hergaben. Und dem deutschen Proletariat gegenüber wurden Scheidemann und Legien zu Bütteln des Kapitals. Sie sind mitschuldig an der Schußhaftschande, an der Hilfsdienstflawerei, an der Einreihung militäruntauglicher Arbeiter in die Schützengräben. Sie haben sich bemüht, nach eigenem Eingeständnis bemüht, die Revolution zu verhindern. Und als ihnen das unmöglich war, taten sie was sie konnten, die Position ihrer Freunde und Bundesbrüder im bürgerlichen Lager zu stützen. Beweise dafür sind unter anderem die Hinausschiebung der Gemeindevahlen in Westpreußen, das Weiterbestehenlassen der Gutsbezirke und das ständige Techtelmechtel mit den feudalen Offizieren, um einiges zu nennen. Die Bewaffnung der Bourgeoisie, die Entwaffnung der Arbeiter, Belagerungszustand, Zeitungszensur, Massenvergewaltungen in den Großstädten. Das und vieles mehr drängt sich zu einem solchen Bild zusammen, daß der gesunde Sinn unserer Parteigenossen sich wehren muß, mit diesen Leuten in einer Internationale zusammen zu fügen. Das ist für uns ein Unding, so wenig von einer Vereinigung der alten und der unabhängigen Sozialdemokratie die Rede sein kann. Von der alten Partei blieb nichts als die leere Hülle. Und in der treiben fragenhafte Remuren ihr Unwesen.

Doch sollen und können wir nun darum nach Moskau zur dritten Internationale gehen? Darüber in einem zweiten Artikel.

Ein interessanter Bericht über Sowjetrußland

Die Humanität veröffentlicht den schon mehrfach erwähnten Geheimbericht des im Frühjahr von Wilson nach Rußland gesandten Diplomaten Bullitt, der die politische und wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands ausspionieren sollte. Bullitt schilderte zunächst die verheerenden Folgen der Blockade. Es fehle an Lokomotiven, wodurch der gesamte Verkehr stode. Die Verbindung mit den Kohlenzentren sei fast abgeschnitten, die Bevölkerung der Städte allen Krankheiten und einem langsamen Verhungern ausgesetzt. Die Regierung nutzte die vorhandenen Mittel gut aus. „Der zerstörende Abschnitt der Revolution ist vorüber und die ganze Energie der Regierung ist der Arbeit des Wiederaufbaus zugewendet. Der Terror hat aufgehört. Die öffentliche Ordnung ist wiederhergestellt. Die Diebstähle sind wenig zahlreich. Die öffentliche Prostitution ist verschwunden. Die Theater haben ihre Vorstellungen wieder aufgenommen. Tausende von neuen Schulen sind in allen Teilen Rußlands eröffnet worden.“ In einem Jahre habe die Sowjetregierung auf diesem Gebiet mehr getan, als die Zarenregierung während 50 Jahren!

Die Regierung sitze fest und die Bevölkerung unterstütze sie, trotz der Hungersnot, für die sie die von der Entente verhängte Blockade verantwortlich mache. Nur die Sozialrevolutionären der Winken und die Anarchisten bekämpfen die Regierung, die sie „die besoldeten Gendarmen der Bourgeois der Entente“ nennen. Sie werfen den Kommunisten vor, die Intellektuellen gegen hohe Entlohnung in leitende Posten

gebracht zu haben und wollen nichts von bürgerlichen Offizieren und von den Friedensbestrebungen der Regierung wissen. Die Opposition fordert die Abschichtung (?) der gesamten Bourgeoisie und eine Kriegserklärung an alle nichtrevolutionären Regierungen. (?)

Innerhalb der kommunistischen Partei gebe es auch Meinungsverschiedenheiten. Trotzki und andere wünschen eine energische Kriegsführung, die die Entente zu einem Eingreifen zwingen und in der Folge das westeuropäische Proletariat zur Revolution treiben würde. Lenin, Tschitscherin und die große Masse der Kommunisten erklären dagegen, daß gegenwärtig das Hauptziel sei, das russische wie das europäische Proletariat vom Hunger zu retten. Sie sind für eine internationale Verständigung, besonders mit den Vereinigten Staaten, selbst wenn prinzipielle Konzessionen gemacht werden müßten.

Bullitt zieht aus seinen Beobachtungen folgende Schlüsse: 1. Nur eine sozialistische Regierung könne sich gegenwärtig in Rußland halten; die Leninisten seien ebenso gemäßig wie irgendeine andere sozialistische Partei. 2. Kein Frieden sei in Europa möglich, solange man nicht mit der Revolution Frieden gemacht habe, die Vorschläge der russischen Regierung können einen gerechten Frieden herbeiführen. 3. Die Aufhebung der Blockade würde eine weit bessere Beeinflussung ermöglichen, weil die Bevölkerung deren Wiedereinführung fürchten würde. Der Friede würde die oppositionellen Kräfte freimachen.

Aus allen diesen Gründen empfahl Bullitt in seinem Bericht — der in wesentlichen Einzelheiten abweicht von den Schilderungen, die bisher auch von Sozialisten über die Zustände in Sowjet-Rußland verbreitet wurden —, in Verhandlungen mit der russischen Regierung einzutreten.

Wahres und Falsches, durch die Brille eines amerikanischen Kapitalisten gesehen, mag hier vermengt sein. Interessant ist jedenfalls die Feststellung des Amerikaners, daß die Sowjetregierung durch ihre aufbauende Tätigkeit der Unterstützung des russischen Proletariats, dessen Leiden von der Blockade und der Kriegskatastrophe der Ententeimperialisten her stammen, sicher ist. Die Vermunftmaßnahmen Bullitts sind von der Entente bekanntlich in den Wind geschlagen worden. Die kapitalistischen Hyänen versuchen es erneut mit einer erdrosselnden Blockade.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Hofbericht

Am 23. Oktober brachte das „sozialdemokratische“ Bochumer Volksblatt einen wirklichen Hofbericht, an dem vor ein paar Jahren jeder Monarchist seine Freude haben konnte. In einem längeren Aufsatz über Eberts Aufenthalt in Breslau, den Empfang durch den Regierungs-Präsidenten und die geschwungenen Reden heißt es wörtlich:

„Vom Rathause begaben sich die Herrschaften zur Ausstellung.“

Die Freude des Volksblattes über seinen Ebert, der vom Sattler und Buditer zum Reichspräsidenten aufrückte, wollen wir durchaus nicht stören. Daß die „aufrechten“ Demokraten ihren Parteifreund nun aber zu den „Herrschaften“ zählen, sich selbst also zu den gewöhnlichen Untertanen rechnen, das riecht verdammt nach Servilität!

Wenn hungernde Menschen ihr Recht fordern ...

Wiederum liegen zwei klassische Dokumente dafür vor, daß die Bauern aus gewinnstüchtiger Absicht mit den Produkten des Grund und Bodens zurückhalten und sich an gesetzliche Bestimmungen nicht halten. Selbst Drohungen der Behörden, die Ablieferungspflichten zu erfüllen, bleiben einfach unbeachtet, weil man den Bauern während der Zeit der Revolution viel zu wenig beachtet hat und ihm das Gefühl, daß auch er für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zu sorgen hat, abhanden gekommen ist. Die beiden Dokumente lauten: 1. Der Landrat des Kreises Rotenberg i. S. erließ folgende Bekanntmachung: „Es ist mir zur Kenntnis gelangt,

daß einzelne Kartoffelerzeuger Kartoffeln der Ablieferung vorenthalten, um durch den demnächstigen Verkauf als Saatkartoffeln einen höheren Verdienst zu erzielen. Ich ersuche daher die Kartoffelerzeuger, in ihrem eigenen Interesse und ohne Unterbrechung die Speisekartoffellieferung fortzusetzen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung der Bedarfskreise, zumal Großstädte und Industriebezirke, hängt von der fortlaufenden Versorgung mit Lebensmitteln ab.“

2. gibt der Landrat aus dem Kreise Neuhaus (Oste) bekannt: „Die Versorgung mit Roggenbrot der über 16000 Köpfe starken brotverorgungsberechtigten Bevölkerung des eigenen Kreises ist dadurch gefährdet, daß von den Landwirten der Gießbezirke nicht genügende Mengen Roggen zur Ablieferung gelangen. Bei den Lagerhaltern und Mühlen wird bald kein Pfund Roggen mehr vorhanden sein. Die Folge wird davon sein, daß der arbeitenden Bevölkerung nicht ihr tägliches Brot, das Schwarzbrot, geliefert werden kann. Ich vertraue auf die Einsicht der Landwirte, daß in den allerersten Tagen größere Mengen an Brotgetreide zur Ablieferung gelangen werden. Wird dies nicht der Fall sein, so wird es mir nicht möglich sein, 16000 hungernde Menschen davon abzuhalten, sich ihr Recht und ihr Brot dort zu holen und zu suchen, wo sie es finden werden.“

Landräte, bei denen man gewiß keine Ursache hat, von kommunistischem Einschlag zu sprechen, erklären somit kurz und bündig, daß sie für Ruhe und Ordnung nicht aufzukommen vermögen, wenn ihnen die „passive Resistenz“ der Bauern dabei im Wege ist. Und wahrhaftig würde es nicht das erstemal sein, daß die hungernde Stadtbevölkerung ihr Recht sich selbst holt, wenn man es ihr nicht gibt. — Will also die Regierung Ruhe und Ordnung im Lande haben, will sie tatsächlich jede Möglichkeit ausschließen, daß leichtfertige Putzschichten die gereizte Stimmung der Proletariatsmassen für ihre Zwecke ausnutzen, so sollte sie weniger die Arbeiter zur Vernunft mahnen, als vielmehr einmal recht derb und unzweideutig bei den Bauern durch Gewaltmittel jede Kontrolle verhindern und sich über die Ablieferungspflichten hinwegsetzen? Nichts hat man in dieser Hinsicht getan, hat die Dinge ihren Gang gehen lassen und muß darum auch die volle Verantwortung dafür tragen, wenn Hungernde sich ihr Recht holen, wo und mit welchen Mitteln sie es immer bekommen können.

Marschbereit nach Zella-Mehlis und Schmalkalden

Am Montag wurden auf dem Erfurter Güterbahnhof natürlich unter der nötigen Vorsicht verladen: Vom Reichswehregiment 21 in Erfurt:

6. Komp.	122 Mann	und 16 Unteroffiziere,
4. „	160 „	„ 18 „
	60 „	„ Minenwerfer, „
	60 „	„ Artillerie mit 19 Infanteriegeschützen.

Jede Kompagnie hat 200 Stielhandgranaten empfangen; ebenso ist an die Mannschaften seit Sonnabend die Marschverpflegung ausgegeben. Stacheldraht und sonstige Absperrutensilien reichlich vorhanden!

Es werden noch zuverlässige Leute zur Einstellung gesucht. Führungszeugnis der Polizeibehörden ist vorzulegen!

Im Laufe dieser Woche sollen die um ihre verprochene Anstellung betrogenen Soldaten aus dem Baltikum (Baltentämpfer) nach Hamburg und Rheinland abtransportiert werden.

Montag früh ist auch das Koburger Bataillon nach Schmalkalden verladen worden.

Generalfeldmarschall Graf v. Haeseler

Im Alter von beinahe 84 Jahren ist vor einigen Tagen Generalfeldmarschall Graf von Haeseler auf seinem Gut in Harnepop bei Briezen plötzlich am Herzschlag gestorben. — Von dem alten Reitergeneral, einem Offizier von seltener Bedürfnislosigkeit, sind viele Anekdoten und Geschichten in Umlauf. Namentlich als ausdauernder und ganz hervorragender Reiter werden viele Bravourstücke erzählt. Graf Haeseler war seit 1853 Offizier und hat an allen Feldzügen teilgenommen, 1870/71 als Befehlshaber der Armee Prinz

Friedrich Carl und zuletzt als Oberquartiermeister der Okkupationsarmee. Er trat nach dem Kriege in den großen Generalstab ein und übernahm 1883 als Generalmajor die 31. Kavalleriebrigade in Straßburg. 1903 nahm er als Generaloberst seinen Abschied, aber 1914 zog der alte Haubegen wieder mit in den Weltkrieg und es wurde mit dem „Schrecken der Franzosen“ in der siegesichereren deutschen Presse mancher Unfug getrieben!

Der Glanz seines öffentlichen Lebens, denn der „älteste deutsche Offizier“ betätigte sich noch politisch im Herrenhaus seligen Andenkens, hat vor etwa zwei Jahren eine starke Erübung erfahren. Trotz Zensur und aller Verbote, von der Sache etwas in die Öffentlichkeit zu bringen, wurde bekannt, daß vom Gute des Grafen kein Stück Vieh abgeliefert, für landwirtschaftliche Erzeugnisse dagegen die höchsten Wucherpreise verlangt wurden! Während das deutsche Volk Hunger hatte, namentlich unter Mangel an Fleisch litt, ließ man auf dem Gute Harnepop das Vieh nur an Altersschwäche sterben! Der alte Reitergeneral, dessen Leben vom menschenmordenden Kriegshandwerk erfüllt war, hatte die Marotte, sein Vieh nicht schlachten zu lassen. Selbst schwere Geldstrafen wurden von der Gutsverwaltung wegen der Nichtablieferung von Vieh bezahlt, bis dann gewaltsam Schlachtvieh vom Gute geholt werden mußte. Mit dieser Marotte hat der alte Reitergeneral selbst bei erregtesten Durchhalten stark an Nerven eingebüßt und die militärischen Zensurstellen haben himmelhoch, die „unangenehme Sache mit dem Grafen Haeseler“ nicht mehr in der Presse zu behandeln, nachdem sie sich endlich hatten bequemen müssen, einen offiziellen Bericht in der Presse erscheinen zu lassen.

Elemente, die das deutsche Volk zur Verzweiflung bringen!

Der Frankfurter Zeitung wird aus Koblenz berichtet: Die ernste wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten veranlaßte den Reichskommissar für das besetzte Gebiet, von Stark, die Vertreter der einzelnen Bevölkerungsschichten zu einer Konferenz in Koblenz zusammenzuberufen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die besetzten Gebiete aus eigener Ernte den Getreidebedarf für 7 bis 8 Monate decken könnten, daß aber die Landwirte sich weigern, ihre Ablieferungspflichten zu erfüllen und das Getreide an die Schleichhändler zu Riesenspreisen abgeben. Der Schmuggel von deutschem Getreide über die Westgrenze habe einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. Sonnenweise in langen Automobilzügen gehe aus den Kreisen Geldern und Cleve das Getreide nach Holland und kommt zu unerhörten Preisen als Auslandsmehl wieder herein. Die deutschen Behörden seien machtlos, da ihnen die Berechtigung der Zollkontrolle fehle. Die Schmugglerautomobile seien zum größten Teil von Militärpersonen begleitet. Aus diesen Umständen entstehe die Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit ohne jeden Vorrat von Brotgetreide dastehe. Um praktische Maßnahmen zur Behebung der Notlage und Bekämpfung gegen das überhandnehmende Schieber- und Wuchertum zu finden, wurden für die einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt, die sich in Verbindung mit dem Reichskommissar und mit den Befazungsbehörden über die geeigneten Hilfsmaßnahmen ins Einvernehmen setzen sollen.

Und diesem hundsgemeinen Treiben sah und sieht man höheren Orts rat- und tatlos zu.

Wie die Militärs die Dinge sehen

Die Berliner Freiheit veröffentlicht ein interessantes, dem Reichswehrministerium und anderen Kommandostellen zugegangenes Schriftstück des Reichswehrgruppenkommandos I, in dem zunächst ein allgemeiner Überblick über die Lage gegeben wird, wie sie sich in den Augen des Militärs spiegelt. Bemerkenswert ist da unter anderem folgende Stelle: „Die Organisation des Umsturzes ist gut. Die Kommunisten, die U. S. P. und der linke Flügel der Mehrheitssozialisten sind daran beteiligt.“

Es wird dann ein Klagegedicht angestimmt über den Zustand der Reichswehr: „Die Führer sind sich ihrer Aufgabe wohl bewußt, schwer aber lastet auf ihnen die Sorge um die

teil durch ein ihm angepaßtes Gebaren, das vornehm wirken sollte, zu steigern. Vom Vater hatte dieses Mädchen die Statur, von der Mutter das Dirnentum geerbt. Und diese Mutter, bis heute unbestraft, sollte ihn endlich ihren Lohn jezt dafür empfangen, daß sie, die ein Leben in Laster und Sünde verbracht, nun ihre Tochter zu dem gleichen Luderdasein erzog und anhielt.

In diesen Gedankenreihen analysierte sich Staatsanwalt Jordan die Wesensart des Mädchens, das jezt dort auf der Zeugenbank wie hingegossen saß. Ihre großen, klaren, tiefen Augen starrten nachdenklich ins Leere. Ihr gleißend blondes Kopf war zurückgelehnt, und der knappe, kurze Rock umspannte eng zwei herrlich geformte Beine und ließ oberhalb der Kofetten, schmalen, niederen Lackschuhe einen erlesenen hellgrauen, englischen Seidenstrumpf sehen, dessen Farbe genau der des Hutes entsprach. Jordan sah die Blide der anwesenden Männer teils wohlgefällig, teils gierig um das Mädchen spielen, das dann und wann aufschauend diese stummen Bewunderungszeichen stolz zu vermerken schien.

Welch eine Mode! dachte Jordan. War nicht das Teufelswerk dieser engen Röcke die reine Aufreizung zu Unzucht und Sinnlichkeit?

Sie zwang anständige Frauen, beim Besteigen der Treppe, eines Tramwagens, eines Autos, das zurückgestellte Bein bis zur Wadehöhe zu entblößen. Bei den in Cafés und Restaurationen in Klubseffeln sich rekelnden Frauen und Mädchen dieser Bürgerschaft erlaubte diese Mode jedem Indiskreten die gleichen Wadenstudien.

Eine gewisse Kindlichkeit vortäuschend, erzielte diese Modeauschweifung der übertrieben engen Röcke die schamlose, plastische Bloßstellung der Hüften, Schenkel und Becken, der Rundungen, die wie unter Trikotbespannung herausfordernd hervorsprangen.

Es war die Uniformierung des Dirnentums, der die ganze, auch die anständige Frauenwelt mit diesen modernen und geschlitzten Röcken und Florstrümpfen sich unterworfen hatte.

Was Wunder, daß die Dinen selbst dieser gemeinen Tracht mit Hingebung sich zuwandten? Keine Frage, die Dirne beherrschte das gesellschaftliche Bild vollkommen!

Und wie die Dame sich nicht scheute, in Dirnenaufmachung die Straßen zu betreten, so zogen auch Nigger- und Apachen-tänze mit all ihren schamlosen Phallusbewegungen in die Salone der feinen Leute ein, die ihre höchsten gesellschaftlichen Belustigungen darin zu finden schienen, auf das Apachenniveau herabzusenken. Staatsanwalt Jordan sah die Berliner Lebewelt solche Wege der Entartung gehen und entsetzte sich über diese Anzeichen einer allgemeinen Sitten- und Kulturverwilderung, deren bestialische Genußsucht heute bereits so geil in die

Binien geschossen war, daß die Geburtenziffern der Bevölkerung, vor allem der städtischen, rapide zu sinken begannen.

Kein Wunder. Diese in engen Röcken trippelnden Weibchen, deren höchstes Ziel war, Kokotten zu gleichen, sie schrien wohl nach allen natürlichen und widernatürlichen Reizungen der Erotik — aber Mütter wollten sie nicht werden, denn die von den Modedäpften geforderte Gliederschlantheit hätte unter der Mutterschaft leiden können, die man auch sonst in jedem Betracht als schönheitsstörend, unbequem und langweilig vermied.

Die nur zu real gesinnten Eheherren dachten in gleicher Art und sahen ihr Budget außerdem recht gern von den ansehnlichen Kosten der Kindererziehung verschont. Diese Gäder verwendet man besser auf pikante und galante Damen, von denen ein Prachtexemplar, jung, verführerisch, elegant, eben diese Herta Heder, hier auf der Zeugenbank saß ...

Staatsanwalt Jordan erwog soeben, ob er sein Plädoyer auf eine solche Zeitcharakteristik ausdehnen sollte — da entließ der Vorsitzende den Zeugen Steffens und rief den folgenden, den Kunstmaler Lokatos, auf. Ein blaßes Lebemannchen in lässiger Eleganz, mit einem schwarzen Wuschelkopf und Kofetten, kleinem Schnurrbüchchen in dem gelben Gesicht trat herein. Es juckte in den nervösen Zügen, und schon bei der Eidesablegung verspürte Staatsanwalt Jordan, daß dieser Zeuge erheblich tiefer erregt war, als die meisten vor Gericht Erscheinenden, die nicht ganz direkt mit der Sache zu tun hatten, so sein pflegten. Nach der Art intelligenter Angeklagter prüfte der Zeuge wie im Fluge die Gesichter des Kollegiums dort oben hinter dem grünen Tisch, und sein tastender Blick blieb, wie im Schreck erstarrend, an dem finstern drohenden Augenpaar hängen, das der Staatsanwaltschüne auf ihn gerichtet hielt. Ein Keil wie ein Scharfrichter, dachte der Maler, und entwarf im Geiste sofort eine farbige Skizze, die diesen ungeschlachten Ankläger in purpurroter, mittelalterlicher Gewandung, das blühende, riesige Rittbeil in der Faust, vor einen Bloß stellte, auf den Hertas blondes Haupt gelegt war. Der Maler strich mit der zitternden Rechten über die Augen, als gelte es, eine schreckliche Vision fortzuwischen oder zu bannen, und riß seine Gedanken zusammen, denn das Verhör begann. Die Vereidigung geschah.

„Ihr Name?“

„Emerich Lokatos.“

„Alter?“

„Neunundzwanzig Jahre.“

„Geboren — wo?“

„In Szent-Miklosch in Ungarn.“

(Fortsetzung folgt.)

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

8]

Der Zeuge Steffens war Bankbeamter, neunundzwanzig Jahre alt, unverheiratet, und hatte Herta Heder in einem Salenseer Tanzlokal kennen gelernt. Gleich am ersten Abend ihrer Bekanntschaft sei sie mit in seine Wohnung gekommen und habe ihn dort im Verlauf von etwa drei Monaten vielleicht sechsmal besucht. Bei jedem Besuche habe er ihr Geschenke gemacht, die in Höhe von sechs bis zehn Mark schwankten.

Alle diese peinlichen Einzelheiten holte der Vorsitzende dem Zeugen durch Kreuz- und Querfragen heraus. Staatsanwalt Jordan machte eifrig Notizen und nickte dann und wann befriedigt mit dem grauen Kopf.

Jezt endlich fungierte dieser Vorsitzende in angemessener Weise. Jezt endlich war die Sache in das Fahrwasser einer richtigen Verhandlung gekommen, jezt, nachdem er, Jordan, ihr den nötigen Schwung gegeben und den alten Verhandlungsleiter mit der Nase darauf gestoßen hatte, in welcher Weise er mit „Hexen dieser Art“ umzugehen habe.

Nun plötzlich waren alle romantischen Zauber von dieser Asphaltblume gewichen — und das grinsende Alltagslaster entpuppte sich, das, im Kindesalter fast noch stehend, die Tanzsäle schon unsicher machte, dort ungeniert auf den Männerfang ging und seine Nächte und seine Günst gewohnheitsmäßig verkaufte. Eine Dirne wie viele andere, nur von erschreckender Frühreife und Abgefemtheit. Eine Kokotte, die sich die Vornehmheitsnote ausgefucht und mit verblüffendem Geschick die Prinzessin mimte. Nichts weiter. Hierbei kam ihr ihr äußeres außerordentlich zustatten, denn der anonyme Urheber ihrer Tage war, so durfte man schließen, gewiß irgendein hochaufgeschaffener Adliger aus einem Kavallerieregiment der Garde, von jenen Agrarierjöhnen einer, die lebenshungrig die Amüsierplätze der Reichshauptstadt allnächtlich bevölkern, der in irgendeinem Nachtlokal der Mutter der Herta Heder vor achtzehn Jahren so begegnet war, wie dieser Ladenschwengel hier jezt der Herta selbst auf dem Salenseer Tanzparkett.

Aus der raffigen Unzucht seiner endlosen Ahnenreihe hatte jener Junker selbst die Hochbeinigkeit und vornehme Gestaltlichkeit der Glieder übernommen, die er nun auf dieses Straßenmädchen vererbte.

Mit der Körperstruktur der Aristokratie war dieser feilen Person ein willkommenes Lockmittel für ihren Gimpelfang gegeben, und ihre Schlaueit verfehlte nicht, diesen äußeren Vor-

Truppe. Dort steht es nicht so aus, wie es sein muß und wie es sein könnte. Seit Monaten tritt das Reichswehrgruppentkommando dafür ein, daß die Verminderung des Heeres nicht überholt wird. Trotzdem versucht wurde, von hier aus in Erwiderung der Befehle des Kriegsministeriums die Verringerung des Heeres in ruhigere Bahnen zu lenken, stehen wir jetzt der Tatsache gegenüber, daß bei der Mehrzahl der unterstellten Verbände die Stärken rapide sinken. Gleichzeitig sinkt an vielen Orten der innere Wert der Truppen, nicht nur durch Verbeugung, sondern dadurch, daß gerade die besten Leute gehen... Den besseren Elementen wird es verhältnismäßig leicht, Arbeit zu finden, die schlechteren bleiben und bei weiterer Entwicklung auf dieser Linie wird das Heer zum Sammelpunkt von Arbeitslosen und Gestübel."

Es wird mitgeteilt, daß für die Bekämpfung des Generalstreiks eine einheitliche Richtlinie in Vorbereitung sei, aber es wird auch eine ganze Reihe weitere Vorschläge gemacht, um die Situation nach dem Sinne der Militärs zu gestalten. Mit allen Mitteln sei die Erhaltung eines Heeres von 250 000 Mann zu erstreben, der Uniform sei ein größerer Schutz zu gewähren. Rückständig und sofort sei der Kampf aufzunehmen gegen die Führer der Kommunisten und Unabhängigen und ihre Helfer (Geldgeber), ferner sei ein Streikverbot durchzuführen und ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung zu beginnen.

Frankreich

Parteisplaltung in Frankreich

Die Berner Tagwacht schreibt: Nach den Zeitungen steht für die Wahlen eine Spaltung der Sozialisten bevor. Die Anstifter der Bewegung sind einerseits die ausscheidenden Deputierten, die aus der Partei ausgeschlossen wurden oder die nicht mehr als Kandidaten portiert werden und andererseits die in der offiziellen sozialistischen Kandidatenliste inbegriffenen Abgeordneten, die mit der extremistischen Richtung die aus der Kandidatenwahl besonders der Bezeichnung des Bolschewistenführer Sadoul zum Kandidaten hervorgeht. Man zählt bis jetzt ungefähr zehn Andersdenkende unter den ausscheidenden Deputierten von Paris und 6 oder 7 unter denjenigen der Provinz. Ein Manifest wird diese Spaltung veröffentlichen.

In und um Elbing.

Unser Kommunalprogramm

Wir befinden uns am Beginn des bedeutungsvollsten Kommunalwahlkampfes, den Elbing bisher gesehen hat. Es ist Zeit für unsere Genossen, die Organisation der Wahlpropaganda vorzunehmen, denn noch gibt es eine große Zahl derer, die uns fern stehen. Seit dem 9. November 1918 ist mancherlei Schutt auch für die Gemeindeverwaltung hinweggeräumt worden, so das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivileg und die Frauen haben endlich das Wahlrecht erhalten. Auf Grund der hierdurch bei den Neuwahlen veränderten Zusammensetzung der Gemeindevertretungen könnte nun die Arbeiterklasse ihre Interessen wirksam wahrnehmen, wo sie die Mehrheit errungen hat. Aber die Gemeinden sind vollständig abhängig von der Landesgesetzgebung, und diese trägt vor allem in Preußen noch nicht den veränderten politischen Verhältnissen Rechnung.

Bei Aufstellung unserer Forderungen haben wir jedoch nicht danach zu fragen, was im Augenblick durchzuführen möglich ist, sondern nur prinzipielle Erwägungen dürfen Platz greifen.

Zur Grundlage unserer Richtlinien mußte die programmatische Rundgebung unserer Partei dienen, die am 6. März 1919 auf der Parteikonferenz beschlossen worden ist. Darin heißt es:

„Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Räte-systems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht.“

Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente.“

Dieses Programm gilt auch für die Gemeindeverwaltung. Es unterscheidet sich von dem alten Programm zunächst schon durch die Hineinarbeitung des Räte-systems. Wir verlangten in jener Rundgebung:

„Einordnung des Räte-systems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.“

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze in der Gemeindepolitik sind bestimmte „nächste“ Forderungen aufgestellt worden. Ein Teil der Forderungen, die wir vor dem 9. November vertreten haben, ist durch Änderungen der Gesetzgebung erfüllt worden. Aber, wenn auch das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivileg beseitigt sind, die Magistratsverfassungen sind bestehen geblieben. In den vierzehn verschiedenen Städte- bzw. Landgemeindeverordnungen Preußens ist das Zweikammersystem festgelegt und daran ist noch nichts geändert. Neben den aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gemeindevertretungen bestehen die Magistrate oder Schöffen unverändert weiter. Und wenn sie auch ebenso wie der Bürgermeister (Gemeindevorstand) von den Gemeindevertretungen gewählt werden, so stehen sie doch über den Gemeindevertretungen, da deren Beschlüsse von den Magistraten genehmigt werden müssen, so daß diese gegenüber die Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretung ohnmächtig ist. Das muß beseitigt werden, und zwar schleunigst. Versprechungen sind von der jetzigen preußischen Regierung zwar schon lange gemacht worden, aber geschehen ist noch nichts. Es muß etwas völlig Neues geschaffen werden. Ohne grundlegende gesetzliche Neugestaltungen ist es nicht möglich, die Interessen der Arbeiter genügend wahrzunehmen. Deshalb stehen an der Spitze unseres Programms die Forderungen, die wir an den Staat zu stellen haben, so lange wir uns in der heutigen Uebergangszeit befinden. Diese Forderungen sind:

A. An den Staat.

1. Rechte und Pflichten der Gemeinden.

a) Durch Staatsgesetz sind die Gemeinden als öffentlich-rechtlicher Verband ihrer Einwohner zur Wahrung der Gemeindeinteressen anzuerkennen und mit den für ihre Aufgaben erforderlichen Rechten, insbesondere dem der örtlichen Polizei, der Enteignung und der Erhebung von progressiven Zuschlägen zu den staatlichen Besitzsteuern auszustatten.

b) Der Staat hat den Gemeinden volle Selbstverwaltung zu gewähren, also auch das Recht zum Zusammenschluß benachbarter Gemeinden zu Einheitsgemeinden oder zu Verbänden zwecks Durchführung gemeinsamer Aufgaben.

2. Die Gemeindeverwaltung.

Die Verwaltung der Gemeinde ist durch die Gemeindevertretung (Gemeinderäte, Stadtverordnetenversammlung) in Verbindung mit den kommunalen Arbeiterräten zu führen. Diese bilden aus ihrer Mitte Ausschüsse zur fortbauenden Kontrolle über die Ausübung der gesamten städtischen Verwaltung. Sie haben das Recht, gegen Beschlüsse und Maßnahmen der städtischen Verwaltung Einspruch zu erheben und die Entziehung des kommunalen Arbeiterrats anzurufen.

Die Mitglieder der Gemeindeverwaltung sind in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen, wobei jeder Wähler eine Stimme hat.

Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben. Jährlich wird die Hälfte der Gemeindevertreter neu gewählt. Die Wahlen sind an einem gesetzlichen Ruhetage vorzunehmen.

Die Gemeindevertretung faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit.

Zur Durchführung ihrer Beschlüsse wählt die Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl einen Gemeindevorstand. Dieser hat die Gemeinde nach außen zu vertreten, das Eigentum der Stadtgemeinde zu verwalten und die Gemeindebeamten zu beaufsichtigen.

Anstellung und Entlassung der Gemeindebeamten und der Gemeindegewerkschaft erfolgt unter Mitwirkung des kommunalen Beamten-, Angestellten-, bzw. Arbeiterrats durch die Gemeindevertretung.

Der Gemeindevorstand ist für seine Tätigkeit der Gemeindevertretung verantwortlich.

Die Gemeindevertretung, der Gemeindevorstand und die Mitglieder der kommunalen Arbeiterratsausschüsse sind für ihre Tätigkeit aus Mitteln der Gemeinde angemessen zu entschädigen.

In weiteren Ausführungen werden wir in den nächsten Tagen unsere prinzipiellen Forderungen an die Gemeinde und die speziell für Elbing notwendigen Maßnahmen darlegen.

Die Rechtssozialisten

gegen eine freireligiöse Gemeinde

Bekanntlich sind in Elbing Bestrebungen im Gange, die aus der Kirche Ausgetretenen in eine freireligiöse Gemeinde zu sammeln. Ein Bestreben, in dem sich vorurteilslos denkende Menschen unbeschadet der Verschiedenartigkeit ihrer politischen Anschauungen zusammensuchen können. Anders denken die Elbinger Scheidemänner. Ihre Elbinger Volkszeitung lehnte den Abdruck des Artikels unseres Genossen Kranz „Brauchen wir in Elbing eine freireligiöse Gemeinde“ ab. „Sozialisten“ stellen sich schüßend der überlebten Staatskirche zur Seite. Für die Sache der freireligiösen Gemeinde bedeutet das zwar nicht viel bei dem geringen Einfluß, den die Rechtssozialisten in Elbing besitzen. Aber der Vorgang lehrt erneut, wie man sie einschätzen muß. „Wenn man sich erst einmal auf der schiefen Bahn befindet, gibt's kein Halten mehr“ versicherte die Volkszeitung neulich treuherzig. Wir glauben ihr das.

Strafverschärfung für unerlaubte Schlachtungen

Da die heimlichen Schlachtungen einen Umfang angenommen haben, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung auf das schwierigste gefährdet, hat der Reichswirtschaftsminister durch Verordnung vom 28. Oktober 1919 bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtung auf Gefängnis und Geldstrafe nebeneinander, nicht mehr wie bisher nur wahlweise auf die eine oder andere Straftat zu erkennen ist.

Gleichzeitig ist in der Verordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 für alle anderen strafbaren Tatbestände das Strafmaß in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft auf Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder eine dieser Strafen erhöht und den Gerichten die Einziehungsbefugnis gegeben worden.

Das Ende des Kriegsbrottes

Das Elbinger Ernährungsamt teilt uns mit: „Das bisherige, zu 94 Prozent ausgemahlene Roggen- und Weizenmehl geht zu Ende. Sowohl in Bäckereien als in Mehlhandlungen werden die Bestände etwa am Schlusse dieser Woche geräumt sein. Es kann vorkommen, daß an einzelne Stellen schon für die letzten Tage der Woche das neue Mehl — Roggenmehl zu 82 Prozent und Weizenmehl zu 80 Prozent — gegeben werden muß, während andererseits hier und da vielleicht ein Geschäft einen kleinen Bestand an altem Mehl noch in die nächste Woche wird übernehmen müssen. Das bessere Mehl bringt leider, wie schon wiederholt angekündigt, auch eine wesentliche Preissteigerung mit sich. Einmal ist geringer ausgemahlene Mehl ohnehin teurer und dann sind bekanntlich die Getreidepreise für das neue Erntejahr durch eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung erheblich erhöht worden, welche Erhöhung jedoch bis jetzt aus Reichsmitteln übernommen wurde, nunmehr aber in dem Mehlpreise ebenfalls in die Erscheinung tritt. Die neuen Mehlpreise, wie sie von der Reichsgetreidestelle jetzt berechnet werden, bringen beim Roggenmehl eine Preissteigerung von rund 14 Mk., beim Weizenmehl von rund 17 Mk. je dz. mit sich. Lediglich die sich daraus ergebenden erhöhten Einstandspreise der Bäcker sind auf den bisherigen Brotpreis aufgeschlagen worden, sodaß sich aus der neuen Preisfestsetzung eine Steigerung des Verdienstes der Bäckereien nicht ergibt. Die neuen Brotpreise sind aus der im Anzeigenteil dieser Zeitung abgedruckten Bekanntmachung ersichtlich.“

Die gegen das Vorjahr doch erheblich veränderten Verhältnisse lassen es angezeigt erscheinen, auch das Semmelbrotverbot aufzuheben. Die Bäckereien dürfen, sobald sie neues Mehl erhalten, Semmeln gleichviel welcher Form im Gewicht von 80 Gramm pro Stück zum Preise von 8 Pfg. herstellen und auf die Brotmarke (für eine Tagesmarke 4 Stück) abgeben. Die neuen Preise für Weizenanzugmehl (Krankenmehl) und

Kinderweiback sind bereits bekanntgegeben worden, weil der Bestand in Auszugmehl zum alten Preise bereits völlig verbraucht ist und schon jetzt solches zum erhöhten Preise zur Ausgabe kommt.

Das bessere Brot wünscht wohl jeder sehnsüchtig herbei. Die Preissteigerung aber hätte nicht erfolgen brauchen, wenn wir eine Regierung mit mehr Rückgrat gehabt hätten. Elbings Arbeiter wissen, daß die Lokalbehörden und die Bäcker keine Schuld tragen. Sie werden die Konsequenz bei den Wahlen ziehen und keinem Angehörigen der deutschen nationalen Partei eine Stimme geben.

Elbinger Stattheater

Am Dienstag abend ging bei gut besuchtem Hause Wagners „Fliegender Holländer“ in Szene. Das erste Stück Wagners, in dem er sich entschieden von dem alten Opernstil abwendet und in neue Bahnen einlenkt; und zwar in die des Musikdramas. — Das Musikdrama ist uns nicht mehr ganz unbekannt, wurde doch vor nicht allzulanger Zeit an der hiesigen Bühne b'Alberts „Tiefland“ aufgeführt. — Doch nun zur Eröffnung selbst. Herr Kapellmeister Krause bewies mit der Vorführung der Ouvertüre sein Talent als Orchesterdirigent. Das verstärkte Orchester zeigte bis zum Schluß (wenn man von den Hörnern abseht), daß die Musiker mit Lust und Liebe an die Einübung des Wertes gegangen sind. Die Bühnenausstattung im ersten Akt wies Mängel auf; auch war die Wirkung des Aufsetzens und des Untergangs des Holländerschiffes verfehlt. Das kommt wohl daher, weil unsere Bühne sich für Wagneraufführungen nicht eignet. — Herr Steinbach spielte mit Geschick den Kapitän, der, durch und durch Geschäftsmann, es fertig brachte, seine Tochter dem Fremden um des Geldes willen zu geben. Herr Kius paßte vorzüglich zu seiner Rolle. Den Steuermann gab Herr Kaiser gut wieder. — Der zweite Akt brachte das schöne Spinnerlied und die Ballade, den Kernpunkt der Oper. — Fr. Pittamitz verstand es ausgezeichnet, sich ihrer Rolle voll und ganz anzupassen. Der Chor war wahrscheinlich nach der zweiten Strophe eingeschlafen und von einem AcaPELLA-Chor nach der dritten Strophe konnte überhaupt nicht die Rede sein. Hoffentlich ist die zweite Aufführung von diesen Mängeln frei. Den Jäger sang Herr Hagin. Sein Gesang ließ, trotz des weichen Tones, den trostigen Jäger erkennen. Leider hatte auch, wie nur zu oft, die Feder gewaltet, und mit kläglichem Strich den schönen Gesang zwischen den Matrosen des Holländers und denen Dalands gestrichen. Es ist zwar schwer, einen großen Chor zusammenzubringen, aber Gesangsvereine oder stimmbegabte Herren würden wohl gerne ihre Kräfte im Interesse der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. — Das Stück endete um 10 1/2 Uhr. Einige der Theaterbesucher konnten aber das Ende wieder einmal nicht abwarten. Die Sorge um ihre „geliebte Garderobe“ ließ ihnen keine Ruhe. G. R.

Vorberatungen für ein Hebammengesetz

Auf Einladung des Ministers für Volkswohlfahrt fand leßthin unter Beteiligung von sachverständigen Ärzten, Vertretern des Hebammenstandes und Mitgliedern der Preussischen Landesversammlung eine Beratung statt, die über die von der Preussischen Landesversammlung aufgestellten Richtlinien für ein demnächst vorzulegendes Hebammengesetz eine Klärung herbeiführen sollte. Die eingehende Aussprache führte in allen wichtigen Punkten zu einer Einigung und dürfte eine wertvolle Grundlage für die Ausarbeitung des Hebammengesetzentwurfs bilden. Es ist zu erwarten, daß der Gesetzentwurf in nächster Zeit fertiggestellt sein wird und nach nochmaliger Beratung durch eine Anzahl von Sachverständigen der Preussischen Landesversammlung vorgelegt werden kann.

Elbinger Polizeinachrichten

Verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt wurde der stellenlose Friseurgehilfe Balistowski. Am 29. d. Mts. übernachtete er in der Gastwirtschaft Simon-Pr. Holland und stahl daselbst die ganze Bettwäsche, 2 Bettbezüge, 2 Kopfstissen und 2 Laten, die er dann am nächsten Tage an einen Bahnbeamten in Grünhagen für 80 Mark verkaufte. B. ist erst vor ein paar Tagen aus dem Gefängnis entlassen, wo er ebenfalls eine Strafe wegen Wäschebstahls verbüßte.

Ostdeutsche Nachrichten

Danzig und die Blockade

Die Verhängung der Blockade lastet schwer auf den Gemütern der Danziger. Im Hafen ist Totenstille, kein Kahn bewegt sich mehr, keine Rauchsäule ist zu sehen.

Die Hafenarbeiter sind in großer Not und haben schon Versammlungen abgehalten; sie wollen Unterstützungen von Staat und Kommune. Die Blockade hat auch üble Folgen für die Versorgung der Danziger Bevölkerung; die Nahrungsmitteldampfer von Stettin und Lübeck werden nicht durchgelassen, die Kohlentransporte von Emden bleiben aus. Die Stimmung ist sehr gedrückt.

Schwindel

Die bürgerliche Presse meldete den Einzug polnischer Truppen in Thorn. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ist an der Nachricht kein wahres Wort.

Der beleidigte Magistrat

Auch der Danziger Magistrat hat sich beleidigt gefühlt. Das Magistrats-Pressobureau versendet an die Danziger Tageszeitungen folgende Notiz, die wahrscheinlich abschreckend wirken soll:

Im November v. Js. hatte ein Herr Rosenberger aus Neufahrwasser in einem Eisenbahnwagen behauptet, daß der Magistrat 16 000 Zentner Kartoffeln an eine sächsische Handelskammer verkauft habe, obwohl doch hier in Danzig große Kartoffelnot sei. Er erklärte das für eine Gemeinheit. Der Magistrat hatte hierauf gegen Rosenberger bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt, und R. ist jetzt rechtskräftig wegen Beleidigung des Magistrats zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt worden.

Der sterbende Rechtssozialismus

In Krojanke (Kreis Flatow) ist er sang- und klanglos vor einigen Tagen verschieden. Die dortige Ortsgruppe der S. P. beschloß ihren Uebertritt zur U. S. P. 94 Genossen traten über.

Zum Austausch deutsch-polnischer Gebiete

Mehrere Zeitungen meldeten, zwischen Deutschland und Polen sei ein Abkommen beschlossen worden, das dahin ginge, vorwiegend deutsche Ortsgemeinden gegen solche mit polnischer Bevölkerung auszutauschen. Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die deutsche Regierung versucht eine Be-

richtigung der durch den Friedensvertrag festgelegten Ostgrenze da zu erreichen, wo Gebiete mit einer ganz überwiegenden deutschen Bevölkerung zu Polen geschlagen worden sind und zahlreiche dringende Gesuche um Befreiung beim Deutschen Reich vorliegen. Zunächst wird es sich darum handeln, daß die mit der Festsetzung der Grenze nach dem Friedensvertrag betraute Kommission, die bisher mehr oder weniger nur topographische Aufgaben hat, eine erweiterte Zuständigkeit erhält, ferner daß die ethnographisch strittigen Gebiete einer besonderen, den Abstimmungsgebieten ähnlichen Behandlung in bezug auf Festsetzung und Verwaltung unterstellt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung bereits die entsprechenden Schritte getan, ohne daß jedoch eine Entscheidung vorläge.

Von nah und fern

Ihrer Majestät Bluse

Die Hoffnung auf baldige Rückkehr Seiner Majestät scheint bei den Deutschnationalen doch nicht allzu groß zu sein. Sie trösten sich daher einweilen mit der Verehrung durchgeschwitzter Kleidungsstücke der geliebten Personen. Und verhöfeln sie — Geschäft ist Geschäft — meistbietend mittels Zeitungsinserts in gesinnungsverwandten Blättern. In der „Kreuzzeitung“ lesen wir folgende Anzeige:

Kaiserin.
Bluse mit Armbinde, getragen von J. M. 1903 beim Armbruch, verkaufe an Berehrerin J. M. 14 Jahre im persönlichen Dienst J. M.

Bücherschau

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nr. 43 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Unsere Einigungssparole von Eugen Prager; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationale von Artur Crispian; Die Lohnfrage in der Uebergangszeit zum Sozialismus von A. Stein; Schule und Volksbildung in den Vereinigten Staaten von S. Krah. „Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag E. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 6 Mf.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rubnizki, beide in Elbing.

Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 53/61 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 wird für die Stadt Elbing nach Anhörung des Sachausschusses für das Bäckereigewerbe u. des zuständ. Sachausschusses der Preisprüfungsstelle folgendes bestimmt:

- In Abänderung der Ziffer 9 unserer Bekanntmachung vom 23. Juli 1919 werden für den Verkauf von zu 82% ausgemahlenem Roggenmehl und zu 80% ausgemahlenem Weizenmehl, so wie von Brot, das aus solchem Mehl hergestellt ist, folgende Verkaufspreise bei der Abgabe an Verbraucher festgesetzt:
- | | |
|------------------|------------------|
| Roggenmehl | 1 kg = 0,76 Mark |
| 1750 g = | 1,33 „ |
| Weizenmehl | 1 kg = 0,80 „ |
| 1750 g = | 1,40 „ |
| Roggenbrot | 1 kg = 0,68 „ |
| 2500 g = | 1,70 „ |
| Weizenbrot, groß | 1 kg = 0,74 „ |
| 2500 g = | 1,85 „ |

- Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 14. Dezember 1918 wird die Herstellung von Semmeln aus 80%igem Weizenmehl zugelassen. Unter Semmeln ist Kleingebäck in jeder Form zu verstehen (also auch Zwieback, Franzbrote usw.). Das Gewicht des einzelnen Stücks muß durchschnittlich 80 g betragen. Semmeln in anderem Gewicht dürfen nicht hergestellt werden. Auf 1 Tagesbrotmarke (357 g Brot) sind 4 Semmeln zu 80 g abzugeben. Der Höchstpreis für 1 Semmel wird festgesetzt auf 8 Pf., für 1 kg mithin auf 1 Mf. Die bestehenden besonderen Vorschriften für Zwieback aus Weizenmehlszugsmehl bleiben hiervon unberührt.
- Obige Bestimmungen treten in Kraft, sobald Bäckereien und Mehlhandlungen die Bestände an 94%igem Mehl und an Backwaren, die aus solchem Mehl hergestellt sind, geräumt haben.
- Uebertretungen unterliegen den Strafvorschriften des § 80 der Reichsgetreideordnung.

Elbing, den 29. Oktober 1919.
Der Magistrat — Ernährungsamt.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1919.
Gegen Abgabe von ¹⁰/₁₀ Abschnitten der Reichsfleischkarte: 150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.

Elbing, den 30. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

U. S. P. II. Bezirk

Am Freitag, den 31. Oktober, 6 Uhr abends findet im Volkshaus eine

Vertrauensmänner-, Delegierten-, Bezirksstämmer-, Hausstämmer-Besprechung statt. Um vollzähliges Erscheinen bittet Die Bezirksleitung II. Bezirk (nach der neuen Einteilung).

Stadt-Kino

Alter Markt 39

bringt von Freitag bis Montag

Das Himmelschiff

in 6 Akten, welches auch für die Familien- u. Kinder-

Vorstellung erlaubt ist.

Anfang pünktlich 3 Uhr, nach 3 Uhr können keine Kinder mehr hereingelassen werden, da sie dann nicht mehr alles sehen.

Außerdem zur Abend-Vorstellung ein

Karlchen-Lustspiel in 2 Akten.

Mit bester Empfehlung

Rich. Schwarzkopf.

Täglich frische

Räucherheringe

zu haben. Paul Lange, Mattendorffstr. 19.

Kautschukstempel Pestschaffe Typen- Druckereien

für Private, Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe

liefert sauber und billig

G. W. Petersen
Papierhandlung.

Wer besorgt ausführliche Zeichnung zur kleinen Dampfmaschine eventl. Lokomotive. Schriftl. Meld. u. W. 123 an die Geschäftsstelle Elb. Volksstimme.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Elbing und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause

Brückstraße 3, Ecke Wasserstraße

früh. Frau Agnes Tolksdorf, am Sonnabend, 1. November d. Js., ein

Eisenwaren-Geschäft

verbunden mit

Magazin für Haus- u. Küchengeräte

eröffne. Ich empfehle sämtliche in dieses Fach schlagende Waren, wie: Rein Aluminium-, Felsen-Kochgeschirre, Frucht- und Kochkessel, Waschmaschinen, Wäscherollen, Grubeherde, Stahlwaren, la Solinger Fabrikate, Bürstenwaren usw.

Mein vornehmster Geschäftsgrundsatz wird es sein: Lieferung nur erstklassiger Fabrikate zu angemessenen Preisen, höfliche, schnelle und sachgemäße Bedienung.

Ich bitte höflichst, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Hermann Bruckert.

! Markenfrei !

Jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend

prima fette Gänse

ganz und zerteilt

Gänse-Kleinfleisch Gänse-Leber

Gänse-Flomen Gänse-Schmalz

Gänse-Pöckelfleisch

prima geräucherte Gänse-Brüste

prima geräucherte Gänse-Keulen

empfehlen

Curt Kuhn

Telephon 265.

Alter Markt 60.

Freitag u. Sonnabend
Fleisch- und
Wurstverkauf.

Kopfschlächtere
Georgendamm 15.

Rauch- und Rautabak
Zigarren u. Zigaretten
zu haben

Paul Lange
Mattendorffstraße 19.

Das Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend den ganzen Tag geöffnet. Kassen-schluss 1/2 Std. vorher.

Elektromonteur

selbständig und mit Rohr-
brautverlegung vertraut, sucht
Blank,
Installationsgeschäft
Wittenfeldestr. 24 b.

An unsere Leser!

Zum 1. November werden wir für unsere Zeitung vorläufig folgende

Abholestellen

einrichten:

Herrn G. Tiedtke, Kol. Trettkenhof 15

„ Nitsch, Kastanienallee 56

„ Laufer, Georgendamm 8

„ Borkowski, Fischervorberg 8

„ Kremke, Schulstraße 1

„ Maibaum, Feldstraße 3.

„ Lange, Paul, Mattendorffstraße 19.

Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen

Verlag der Elbinger Volksstimme

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche anlässlich unserer Vermählung sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Willy aus dem Bruch
und Frau Berta geb. Seidler.

Die Heilsarmee. Kommandeur Ögrim

der neue Leiter der deutschen Heilsarmee, wird am Freitag, den 31. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gewerbehause, Kehrweierstraße, einen Vortrag halten.

Die Frau Kommandeurin, welche die Sozial-Arbeit der deutschen Heilsarmee leitet, wird auch anwesend sein und sprechen.

Jedermann freundlichst eingeladen.

Neu für Elbing u. Umgegend

Nur kurze Zeit

von Sonntag, den 2. November 1919

Platz am Marienburgerdamm

in einer Bretterbude von 50 Metern Länge.

Eröffnung von N. D. Nielsens

Baroptikum

und großes anatomisches

Museum

enthaltend über 1000 Nummern

Gruppen u. Figuren in Wachs in natürlicher Größe,

darunter die großen Gruppen nach einer berühmten Malerei (Der Weg der Sünde), bestehend aus 42 Figuren in Lebensgröße.

Grosse Anatomisch-pathologisch embryologische Abteilung

eine für Damen und eine für Herren.

Das Museum ist täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Alle, welche Elbing besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses wissenschaftliche Museum zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Eintrittspreis 2 Mf., anatomische Abteilung 1 Mf.

Malerlehrling

bei hoher Entschädigung stellt ein E. Szczelinski, Malermeister, Neuf. Wallstraße 33.

1 moderner
Kinderwagen
preiswert zu verkaufen
Petrisstraße 17.

Clarinete

zu kaufen gesucht.
Liedtke, Mattendorffstr. 10.

Elbinger Standesamt

vom 30. Oktober 1919.

Sterbefälle: Schlosser-
frau Anna Elisabeth Wert
geb. Diegner, 45 J. — Jno.-
Rent.-Empf. Friedrich Grün-
wald, 68 J. — Braumeister
Joh. Gottfried Walter Preuß,
71 J. — Eigentümer-Bw.
Genr. Armbrust geb. Fietkau,
81 Jahre.